

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Harald Koch, Katrin Kunert, Jan Korte,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/10684 –**

Ausbau des Truppenübungsplatzes Altmark sofort stoppen – Colbitz-Letzlinger Heide zivil nutzen

A. Problem

Der Truppenübungsplatz (TrÜbPl) Altmark auf dem Gebiet der Colbitz-Letzlinger Heide im Norden von Sachsen-Anhalt gehört mit zu den größten Übungsplätzen der Bundeswehr und wird durch das Gefechtsübungszentrum Heer (GefÜbZH) für die simulationsgestützte Ausbildung genutzt. Im Rahmen der Weiterentwicklung und des Ausbaus des TrÜbPl Altmark soll eine realitäts- und einsatznahe Infrastruktur geschaffen werden, die u. a. einen urbanen Ballungsraum und bei Gebäuden und Verkehrsinfrastruktur spezielle Einrichtungen vorsieht, um das Üben der Vielzahl der Fähigkeiten der Truppengattungen im Hinblick auf Auslandseinsätze zu ermöglichen.

B. Lösung

Die Fraktion DIE LINKE. will den Ausbau des GefÜbZH stoppen. Die Bundesregierung soll vielmehr dazu aufgefordert werden, ein Konzept und einen Zeitplan für die Schließung des TrÜbPl Altmark sowie eine zukünftige zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide vorzulegen. Neben einer vollständigen Beseitigung von Munitions- und Kampfmitteln soll eine direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen zur Zukunft der Colbitz-Letzlinger Heide sichergestellt werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Die Bundesregierung gibt die für die Ausbildungsinfrastruktur zum Beüben von Verbänden in der Führung von Operationen im urbanen Umfeld veranschlagten Bauinvestitionen mit derzeit 100 Mio. Euro an (vgl. Drucksache 17/10589).

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/10684 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2012

Der Verteidigungsausschuss

Dr. h. c. Susanne Kastner
Vorsitzende

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Wolfgang Hellmich
Berichterstatter

Joachim Spatz
Berichterstatter

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Agnes Brugger
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Wolfgang Hellmich, Joachim Spatz, Paul Schäfer (Köln) und Agnes Brugger

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10684** in seiner 195. Sitzung am 27. September 2012 beraten und zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. stellt in ihrem Antrag unter anderem fest, dass die Planung der Bundesregierung für den Ausbau des GefÜbZH im Widerspruch zum erklärten Willen der Mehrzahl der Anwohnerinnen Anwohner stehe und das von Befürwortern der militärischen Nutzung der Heide oft ins Feld geführte Arbeitsplatzargument nicht stichhaltig sei. Außerdem setze die Bundesregierung mit dem Ausbau den Umbau der Bundeswehr hin zu einer weltweit einsetzbaren, schlagkräftigen und noch effektiveren Einsatzarmee fort, so dass der Ausbau auch aus friedenspolitischen Aspekten sofort gestoppt werden müsse.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 105. Sitzung am 25. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 83. Sitzung am 7. November 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrages empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat seine Beratungen in seiner 125. Sitzung am 7. November 2012 aufgenommen und abgeschlossen. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrages.

Im Verlauf der Ausschussberatungen verwiesen die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** darauf, dass die Übungen auf dem Truppenübungsplatz und im Gefechtsübungszentrum für die Bundeswehr wichtig und notwendig seien, und eine Armee im Einsatz üben können müsse. Wenn entsprechende Szenare in der Einsatzvorbereitung unter realen Bedingungen geübt werde, trage dies auch mit dazu bei, im Einsatz „Kollateralschäden“ unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

Die **Fraktion der SPD** betonte, auf das Gefechtsübungszentrum seien neben der Bundeswehr auch andere Länder angewiesen, und das gemeinsame Üben sei auch mit Blick auf das Zusammenführen von europäischen Fähigkeiten wichtig. Zwar habe es tatsächlich Proteste vor Ort gegeben, aber für die Behauptung, darin komme der Wille der Mehrheit der ortsansässigen Bevölkerung zum Ausdruck, gebe es keine Grundlage. Schließlich werde mit den Investitionen der Standort gestärkt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bekräftigte, der Antrag sei gut begründet und im Einklang mit der Interessenlage der Menschen in der Region. Die Fläche wäre als Biotop wichtig und könne frei gezogen werden, da sie für die Bundeswehr entbehrlich sei. Im Übrigen müsse sich die Bundesregierung überlegen, ob die Bundeswehr den Kampf in Städten gezielt trainieren solle oder man sich nicht vielmehr dafür einsetzen wolle, diese Art der Kriegführung zu ächten. Dafür habe es noch vor einiger Zeit überfraktionelle Unterstützung gegeben.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, zwar gebe es verschiedene Interessen wie den Naturschutz und die Übungsmöglichkeiten für die Bundeswehr, die gegeneinander abgewogen werden müssten. Die Debatte darüber sei aber bereits in den 90er-Jahren geführt worden. Nachdem DIE LINKE. sich nicht für die Umsetzung des damals gefundenen Kompromisses eingesetzt habe, als sie in der Landesregierung von Sachsen-Anhalt die Möglichkeit dazu gehabt habe, sei der nun vorgelegte Antrag reine Wahlkampfaktik.

Berlin, den 7. November 2012

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Wolfgang Hellmich
Berichterstatter

Joachim Spatz
Berichterstatter

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Agnes Brugger
Berichterstatterin